



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, den 29. Juni 1886.

Nr. 295.

Deutscher Reichstag.

95. Plenar-Sitzung vom 26. Juni.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär des Innern v. Bötticher.

Das sehr spärlich besetzte Haus erledigt debattelos in dritter Lesung die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt 1882-83, sowie die Literarkonvention zwischen Großbritannien und Deutschland.

Es folgt die Verathung der Darlegungen über die von der preussischen Regierung auf Grund des Sozialistengesetzes getroffenen Anordnungen (Beschränkung des Versammlungsgesetzes, Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Spremberg).

Abg. Singer (Sozial-Demokrat): Man hat den kleinen Belagerungszustand über Spremberg verhängt in Folge einiger Störungen der öffentlichen Ordnung in Spremberg. Mit Unrecht hat man diese Krawalle der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben, selbst die konservative „Kottbusser Zeitung“ bestreitet einen Zusammenhang zwischen jenen Krawallen und der Sozialdemokratie; jene Störungen sind vielmehr hervorgerufen durch die Behandlung, die man bei der Rekruten-Aushebung den betreffenden jungen Leuten hat zu Theil werden lassen. Die Behauptung, daß durch die Sozialdemokratie Störungen der Ordnung herbeigeführt worden sind, ist durch Nichts bewiesen, vielmehr sind die Krawalle gerade durch Arbeiter beigelegt worden, und die Stadtverordneten-Versammlung hat selbst erklärt, daß die Arbeiter mit jenen Krawallen Nichts zu thun gehabt haben. Desto größer war die Ueberschätzung, als die Verhängung des Belagerungszustandes bekannt wurde. Jene sich alljährlich bei Militär-Aushebungen wiederholenden Krawalle können nicht die Ursache jener Maßregel gewesen sein; es scheint, daß man es mehr auf eine Einschüchterung der Bürgerschaft Sprembergs abgesehen hat. Diese Maßregel ist durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt und beweist auf's neue, wie die Regierung die ihr in die Hand gegebene Waffe handhabt. Auch die zur Begründung der Berliner Maßregel angeführten Gründe sind nicht zutreffend, die Verhältnisse sind unrichtig geschildert. Der Prozeß Mahlow-Fring wird das in nächster Zeit auf's neue beweisen. Herr von Puttkamer hat früher einmal gesagt, die Agitatoren müssen ausgewiesen werden. Was aber ist geschehen? Man hat Leute ausgewiesen, die sich politisch und agitatorisch gar nicht bethätigt haben, Leute, die nur in der Lohnbewegung thätig waren, den Maurer Behrendt, den Regierungs-Baumeister Kessler. Das wirkt doch ein eigenthümliches Licht auf die Sozialreform der Regierung! Die Lohn-Kommission der Köpfer, der Maurer u. hat man mehrfach geschlossen, die Regierung stellt sich in den Dienst der Arbeitgeber. Das Versammlungsgesetz ist vernichtet, in Berlin läßt man keine Versammlungen mehr zu Stande kommen. Die Regierung hat die Ruhe des Kirchhofes geschaffen — sie kann sich nicht wundern, wenn unliebsame Folgen daraus entstehen. Dieser Tage ist ein Restaurateur ausgewiesen, weil bei ihm Sozialdemokraten zu Mittag gespeist haben; das Geschäft ist geschlossen, die Frau darf es nicht fortführen, die Existenz der Familie ist vernichtet. Auf die Darstellungen, deren Gegenstand ich in letzter Zeit in einem Theil der Presse gewesen bin, möchte ich nicht näher eingehen, nur muß ich erklären, daß der Artikel der „Kreuzzeitung“ in Bezug auf meine Partei vollständig erlogen ist — ich begehre mich für diese Aeußerungen gern meiner Immunität als Abgeordneter. Recht eigenthümlich ist es doch auch, daß man immer wieder die belgischen Vorgänge gegen die Sozialdemokratie verwendet — nicht die Sozialdemokratie, sondern der Hunger hat jene Vorgänge hervorgerufen. Das Sozialistengesetz ist gegeben zur Bekämpfung der auf Umsturz gerichteten Bestrebungen. Und trotzdem wendet sich die Regierung gerade gegen die Elemente, die den Umsturz verhindern wollen. Damit schaffen Sie den gewaltthätigen Elementen fruchtbaren Boden, damit züchten Sie den Anarchismus. Wenn die Regierung diesen falschen Weg einschlägt, ist sie dafür verantwortlich, nicht wir

die wir unbeirrt unseren Weg gehen. Diese Provokationen werden bei uns Dank unserer Disziplin nicht die Folgen haben, die man erwartet — wir wissen, daß die Arbeiter nicht dazu da sind, als Kanonensfutter zu dienen, wir wissen, daß unsere Reihen immer dichter und dichter werden. Die nächsten Wahlen werden Ihnen zeigen, wie die deutschen Arbeiter über Ihre Sozialreform denken. Wir werden sehen, wer stärker ist, der Polizei-Paroxysmus oder die Sozialdemokratie!

Staatssekretär v. Bötticher: Ich bedauere, daß mein Kollege Herr von Puttkamer dienlichlich verhindert ist, diese Vorlage zu vertreten. Der Herr Vorredner hat gemeint, die Arbeiter würden auf diese Vorlage gebührend antworten. Ich glaube, der deutsche Arbeiter kommt immer mehr zu der Ueberzeugung, daß das Redenhalten ihm Nichts hilft, daß aber die Sozialdemokraten, wenn hier etwas geschaffen werden soll, völlig versagen. (Beifall rechts.) Auf bei den Sozialdemokraten: Beweisen! Das ist leicht bewiesen; einen einzigen Antrag haben die Herren eingebracht und wie sehr hat sich gezeigt, daß der von Ihnen vorgeschlagene Weg ungangbar ist. Schaffen Sie etwas Besseres, sonst kann Ihnen der verständige deutsche Arbeiter nicht folgen. (Beifall rechts.) Was die Vorgänge in Spremberg betrifft, so sind sie doch ernsterer Natur. Wenn junge Leute mit einer rothen Fahne (Abg. Kayser ruft: „Nothher Lappen!“) — gut, mit einem rothen Lappen — aber dieser Lappen hat den Sozialdemokraten genügt — wenn also junge Leute mit einem rothen Lappen unter Abführung der Arbeiter-Masse und anderer sozialdemokratischer Lieber einherziehen, so ist das doch etwas Bedenkliches. Ich würde sehr gern mit dem Vorredner den Vorgang als Dummenjungenstreich bezeichnen, wenn die Sache nicht so lange gedauert hätte und nicht erst durch Intervention des Bürgermeisters und des Landraths die Ruhe hätte wiederhergestellt werden können. — Was die Verhängung über die Anmeldung der Versammlungen betrifft, so hat Abg. Singer bei Besprechung derselben behauptet, es seien Leute ausgewiesen, die sich agitatorisch und politisch nicht bethätigt hätten. Dem widersprechen die hier vorliegenden Berichte. So hat der Maurer Behrendt in Kottbus eine Brandrede gehalten, in der er die Meister als Parasiten bezeichnet. Von dem ausgewiesenen Buchbinder Michelsen heißt es hier, daß seine Ausführungen ungemein aufreizender Natur sind, so daß er deswegen schon einmal zu Gefängniß verurtheilt werden mußte. Bei allen den ausgewiesenen lassen sich sozialdemokratische Ausschreitungen nachweisen. Ich bedauere lebhaft die wirtschaftlichen Nachteile der Ausweisungen — je härter diese Folgen sind, desto vorsichtiger in seinem Auftreten sollte Jeder sein, über dem das Damoclesschwert der Ausweisung schwebt. — Ob die Denkschrift raria Recht hat, daß sie auf Belgien u. hinweist, will ich unentschieden lassen; die Regierung hat jedenfalls die Pflicht, auf jede drohende Gefahr hinzuweisen. Auch der Vorredner sollte der Regierung dafür dankbar sein, daß sie die Bewegung in Schranken hält — auch für ihn und seine Bestrebungen kann nichts willkommener sein. Und wenn Abg. Singer meint, Herr v. Puttkamer stärke die Sozialdemokratie, so sollte ihm die Thätigkeit doch erwünscht sein. (Beifall rechts.)

Abg. Frohne (Sozial.): Mit Unrecht hat Minister v. Bötticher uns vorgeworfen, daß wir nichts Positives geleistet haben. Haben wir nicht die Einrichtung der Fabrikinspektoren angeordnet, hat nicht der Reichskanzler selbst es hier ausgesprochen, daß das Boshen Sozialreform, das wir haben, der Anregung der Sozialdemokraten verdankt wird? Und wenn Minister v. Bötticher meint, das Redenhalten führe zu nichts, so vergißt er die Folgen, welche die gegen die jüdische Bevölkerung gerichteten Reden der Herren Stöder und Liebermann v. Sonnenberg gehabt haben. Wir haben seit 1877 beständig Anträge eingebracht; wenn sie nicht Annahme gefunden haben, so ist das die Schuld der Majorität. Die jetzige Handhabung des Sozialistengesetzes aber macht den Eindruck, als handelte es sich nicht um ein Werk der Gerechtigkeit, sondern des Rachekrieges.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen; die Verathung ist damit erledigt.

Es folgt die zweite Verathung der Branntweinsteuer-Vorlage.

Referent Abg. Spahn beantragt die Ablehnung der Vorlage.

Preussischer Finanzminister v. Scholz: Nach dem bisherigen Gange der Verhandlungen würde es vielleicht in Ihrer Aller Meinung liegen, daß, wie der Referent, so auch ich mich auf den bloßen Hinweis auf den Bericht beschränkte. Ich bin aber der Ueberzeugung, daß auch die Verathung der Vorlage in der Kommission und in unserer Steuerpolitik ein Stück weiter geführt hat. Von den vier großen Parteien waren drei einig in der Annahme von der Nothwendigkeit einer Verbrauchssteuer. Freilich haben sich über die Höhe dieser noch Differenzen kundgegeben, in Folge dessen — quartus gaudet — hat die vierte, die stets negierende Partei, ihre Freude gehabt, wenn diese Freude auch nur kurze Zeit dauern dürfte. Die Regierung ist verjählich aufgetreten — möge der Reichstag es auch thun, dann werden wir in der nächsten Session zum Ziele kommen.

Abg. Dr. Deibüch (Reichsp.) erklärt, namens seiner Partei gegen die Vorlage stimmen zu müssen, da die in erster Lesung von ihm erhobenen Bedenken nicht beseitigt worden seien.

Abg. Ricker: Ich, als der Quartus, der sich freut, will gleichfalls nur wenige Worte sagen. Nicht wir sind schuld, daß der Stand der Arbeiten des Reichstags ein solcher ist; im November ist der Reichstag eröffnet worden, und erst mehrere Monate später ist diese wichtigste Vorlage eingegangen. Es hat sich alsbald gezeigt, daß es leichter ist dem Lande glänzende Versprechungen zu machen, aber sehr schwer, sie zu halten. Das Eine hat die Kommissionsberatung offenbart, daß man nämlich die Gehälter der Beamten erhöhen will. Ist das konstitutionell, sich erst die Mittel bewilligen zu lassen zu einer Maßnahme, von der das Parlament nichts weiß? Im Ubrigen muß ich sagen, daß diese Vorlage nur den Effekt gehabt hätte, die Lasten der Armeren zu vergrößern. Ich hoffe, daß die jetzt bevorstehende Parlamentspause dazu beitragen wird, daß das Haus über die Tendenz und die Tragweite dieser Vorlage sich klar werden wird. Die Finanzpolitik der letzten zehn Jahre kann nur zu immer größeren Ausgaben führen und zu immer größerer Belastung der Armeren führen. Wenn wir im Herbst vor einem neuen Projekt des Herrn von Scholz stehen, werden wir demselben mit Ernst, aber auch mit großem Mißtrauen begegnen.

Finanzminister v. Scholz: Der Vorredner hat heute wieder sich darüber gewundert, daß eine allgemeine Erhöhung der Beamtengehälter vorabstimmig ist. Wenn für Preußen eine höhere Beamtenbesoldung gefordert wird, muß es doch auch für ganz Deutschland sein und daß eine Erhöhung der Beamtengehälter sich auch auf die Löhne erstrecken muß, ist doch selbstverständlich. Im Uebrigen bin auch ich der Meinung, daß das Land diese Pause zur weiteren Prüfung des Projekts benutzen wird. Wenn dann Abg. Ricker in dieser Pause auf die Stimme des Landes hört und auf die Bedürfnisse, die das Land hat, so kann ich hoffen, ihn später auf der Seite der Freunde der Vorlage zu finden.

Abg. Dr. Windt v. Orst: Wir sind nach wie vor der Meinung, daß diese Besteuerung finanziell nöthig ist. Deshalb haben wir in der Kommission auch Anträge gestellt, um das Zustandekommen eines brauchbaren Gesetzes zu ermöglichen. Bevor man Weiteres bewilligt, muß man das volle Tableau der beabsichtigten Ausgaben kennen lernen. Wir können über den Steuerfuß von 25 Mark nicht hinausgehen, so lange wir nicht Einblick in den neuen Militäretat haben. Was in dieser Pause das Land denken wird, und was es will, weiß ich sehr wohl. Das Land will gar keine neuen Steuern (Sehr richtig! links), man darf nicht Ausgaben bewilligen, so lange man die Mittel nicht hat. — Was die Branntweinsteuer betrifft, so würde ich, wenn ich für meine Person allein zu sprechen hätte, eher für eine Fabrikals- als Verbrauchssteuer sein. (Zustimmung links.)

Finanzminister v. Scholz: Die Bedürfnisse, um deren Besriedigung es sich hier handelt, sind wiederholt vom preussischen Landtage als dringend anerkannt worden. Und nun kommt der Reichstag und erklärt, man soll sparen, bis man

Geld hat. Ja, wann soll denn das Reich mehr Geld haben, wenn Sie es ihm nicht bewilligen? Soll denn das Reich in der Lotterie gewinnen? Ich muß die vom Vorredner gegen die Finanzverwaltung erhobenen Vorwürfe entschieden zurückweisen.

Nachdem Abg. Grad (Elf.) sich gegen die Vorlage ausgesprochen, wird die Diskussion geschlossen und die Vorlage einstimmig abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident giebt hierauf die bei Schluß jeder Session übliche Geschäftsübersicht.

Abg. Dr. Windt v. Orst spricht dem Präsidenten v. Wedell-Piesdorf den Dank des Hauses für seine umsichtige und unparteiische Geschäftsleitung aus. (Die Mitglieder erheben sich zum Zeichen der Zustimmung von ihren Plätzen.)

Präsident v. Wedell-Piesdorf spricht den Mitgliedern des Hauses und des Präsidiums für die ihm erwiesene Unterstützung seinen Dank aus.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich habe dem Hause eine Allerhöchste Botschaft zu machen. (Die Mitglieder erheben sich.) „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden deutscher Kaiser und König von Preußen thun kund und zu wissen, daß Wir Unsern Staatssekretär Staatsminister v. Bötticher beauftragt haben, auf Grund des Art. 12 die gegenwärtige Session des Reichstages am 26. Juni zu schließen. Das Ems, den 24. Juni. Wilhelm.“ — Auf Grund dieses Auftrags erkläre ich die Session für geschlossen.

Präsident: Vereinen wir uns in dem Rufe, der uns Allen von Herzen kommt: „Seine Majestät unser Kaiser lebe hoch!“

Die Mitglieder stimmen dreimal begeistert in diesen Ruf ein.

Schluß 2³/₄ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 28. Juni. Der Kaiser besuchte gestern Mittag in Ems den Fürsten und die Fürstin Solms-Braunsfels im englischen Hofe. Am dem Diner nahmen Theil der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Hohenlohe, und der Kommandeur des 8. Armeekorps, Generalleutnant Freiherr v. Loë. Abends wohnte Sr. Majestät der Theater-Vorstellung bei.

München, 28. Juni. Die feierliche Eidesleistung des Prinzregenten fand soeben im Thronsaal der neuen Residenz statt. Tausende umlagerten die Residenz, um die prunkvolle Auffahrt mitanzusehen, die schon kurz nach 11 Uhr begann.

Die Herren des großen Hofgarden und der Allerhöchste Dienst führen im Hofgartenbau vor, desgleichen die Hofchargen, die Minister, die Generalität, die hohe Geistlichkeit katholischer und protestantischer Konfession und die städtischen Behörden.

Um 11¹/₄ Uhr betreten die Abgeordneten unter Borantritt der Bedelle den Thronsaal, unmittelbar darauf die Kammer der Reichsräthe unter Borantritt der Fouriere. Auf vergoldeten Bänken mit rothen Atlaskissen nimmt die Volksvertretung und der Reichsrath, der letztere zunächst dem Thronsaal, Platz.

Das diplomatische Korps, in großer Gala, zum Theil mit Damen, füllt die Gallerie rechts. Neben dem päpstlichen Nuntius saß der preussische Gesandte v. Werthern. Die große Tribüne links ist mit Damen in Trauer, mit Vertretern der Presse, Fremden u. gefüllt.

An der westlichen Schmalwand des von Schwanthaler mit architektonischem Schmuck versehenen, die Höhe von zwei Etagen einnehmenden Thronsaales steht unter einem rothsammetnen Baldachin der reich mit Gold gestickte Thronsaal.

Links und rechts zwischen den ionischen Marmorsäulen vertheilt stehen die bekannten überlebensgroßen Bronzebilder der aus dem Wittelsbacher Geschlecht stammenden Kaiser und der bayerischen Könige, jede Statue mit einem Aufwand von je 500 Dukaten echt vergoldet. Neben diesen Standbildern halten die Hatzhieren in höchster Gala Thronsaal.

Kurz vor 12 erfolgt die Auffahrt der königlichen und herzoglichen Prinzen.

Die heute entwickelte Pracht der Staatskarossen übertrifft die bei des Königs Begräbniß noch um ein Bedeutendes. Die vergoldete große

